

## II. Kommunalgeschichtliche Grundlagen zur Fallstudie: Ausgewählte Entwicklungslinien der Stadt und ihrer wirtschaftlichen Infrastruktur

### 1. Aspekte der allgemeinen Entwicklung der Stadt

#### 1.1. Kommunalpolitische Entwicklung<sup>1</sup>

Geislingen wurde um 1200 am Rande der Schwäbischen Alb von den Grafen von Helfenstein zum Schutz ihrer um 1100 errichteten Zollstelle (Burg Helfenstein) gegründet. Knapp 200 Jahre später (1396) traten die Grafen die Stadt zur Abgeltung ihrer Schulden bei der freien Reichsstadt Ulm an diese ab, in deren Herrschaftsbereich Geislingen bis zum Reichsdeputationshauptschluß 1803 verblieb. Nach kurzfristiger Zugehörigkeit zum Kurfürstentum Bayern wurde es im Jahr 1810 als Teil des Ulmer Territoriums dem Königreich Württemberg zugeschlagen. Noch im selben Jahr wurde das Oberamt Geislingen mit der Stadt als Oberamtsstadt (heute vergleichbar einer Kreisstadt) errichtet. Sein rd. 396 qm großer Einzugsbereich umfaßte 36 Gemeinden, zu denen vor allem auch die an die Geislinger Markung unmittelbar angrenzenden (und seinerzeit noch selbständigen) Ortschaften Altenstadt, Amstetten, Eybach, Hofstett-Emerbuch, Schalkstetten, Stöten, Türkheim, Waldhausen und Weiler ob Helfenstein sowie die Gemeinden Aufhausen, Kuchen, [Bad] Überkingen und Unterböhringen (mit Oberböhringen) gehörten. Altenstadt, das aus der historisch bis ins 4.-5. Jh. zurückreichenden (alemannischen) Siedlung Giselingen hervorgegangen ist und diesen Namen an Geislingen bei dessen Gründung hat abtreten müssen, verlor im Jahr 1912 seine Selbständigkeit, indem es (auf eigenes Bestreben) in die Stadt eingemeindet wurde (s. auch nachf. Ziff. 1.2).<sup>2</sup>

Unter den Nationalsozialisten wurden im Zuge einer auf verstärkte Zentralisierung ausgerichteten Verwaltungsreform das seit seiner Errichtung unverändert gebliebene Oberamt Geislingen 1938 aufgelöst und die Stadt dem Landkreis Göppingen zugeordnet. Dabei fielen einige dem bisherigen Oberamt Geislingen zugehörige Gemeinden wie namentlich die benachbarten Gemeinden Türkheim, Waldhausen, Schalkstetten und eben Amstetten,

1 Siehe hierzu Bauer o. J. (1976/77), Burkhardt o. J. (1949/50), ders. 1963 und Rathmann 1955.

2 Zur Lage der Umlandgemeinden s. Abb. 4 in Anhang II mit Erläuterungen.

das später Standort der Geislinger MAG werden sollte,<sup>3</sup> an den Landkreis Ulm. Dies geschah gegen den ausdrücklichen Willen der Geislinger Bürgerschaft und auch der Spitzen von Verwaltung und Kreisleitung, was insofern bemerkenswert ist, als sowohl die Stadt als auch das Oberamt Geislingen schon in der Weimarer Republik eine eher überdurchschnittlich große Wählerschaft für die NSDAP aufgewiesen und die nach der Etablierung des NS-Regimes angesetzten Neuwahlen der NSDAP 10 der 18 Sitze im Geislinger Gemeinderat eingetragen hatten.<sup>4</sup>

Den bereits Ende 1945, noch unter der amerikanischen Militärregierung, einsetzenden Bestrebungen der Stadt, die alte Kreiseinteilung wiederherzustellen, blieb der Erfolg bis heute versagt. Mit seiner Erhebung zur »unmittelbaren Kreisstadt« im Jahr 1947 und zur »Großen Kreisstadt« im Jahr 1956 erhielt Geislingen (wenn auch in eingeschränktem Maße) die Funktionen einer unteren Verwaltungsbehörde, was ihm eine gewisse Unabhängigkeit von der Göppinger Kreisverwaltung verlieh.

Zwischen 1966 und den frühen 1970er Jahren erweiterte die Stadt ihren kommunalen Einzugsbereich durch Eingemeindung von insgesamt sechs umliegenden Gemeinden.<sup>5</sup> Im einzelnen handelte es sich um die Orte Weiler ob Helfenstein (mit Hofstett am Steig) (1.1.1966), Türkheim (mit Wittingen) (1.1.1971), Stötten (1.1.1972), Waldhausen (1.3.1972), Eybach (31.12.1972) und Aufhausen (1.1.1975). Die Eingliederung dieser – mit Ausnahme Eybachs – auf der Alb gelegenen, ausgesprochen ländlich strukturierten und von weitgehend stagnierender Bevölkerung geprägten Ortschaften – die Einwohnerzahl betrug 1965 zwischen 558 Personen (Aufhausen) und 168 Personen (Waldhausen), lediglich das im Eybtal gelegene Eybach wies eine deutlich höhere Einwohnerzahl von 1.259 auf – dienten nicht zuletzt dem Zweck, für die wachsende Bevölkerung Geislingens notwendiges, in der eigenen Gemarkung selbst nicht mehr ausreichend verfügbares Baugelände zu requirieren. Eine Rolle dürfte dabei auch der Umstand gespielt haben, daß die Stadt auf diese Weise die nach der Reform von 1938 dem Landkreis Ulm zugeschlagenen Gemeinden Türkheim und Waldhausen zurückgewinnen und damit eine gewisse Kompensation für die verweigerte Rückkehr zu den Kreisgrenzen des früheren Oberamts erreichen konnte. Versuche, sich auf dem Wege der Eingemeindung namentlich auch

3 S. o. Kap. I, Ziff. 1.

4 Zudem verliet der Gemeinderat bereits am 8.5.1933 einmütig (!) Hitler das Ehrenbürgerrecht der Stadt. – Nach Darstellung des späteren Geislinger OB Dr. Block hat das NS-Regime der Stadt nicht nur die »durch nichts gerechtfertigte« Auflösung des Oberamts Geislingen eingebracht, für die sie zudem im Gegensatz zu anderen, durch ähnliche Maßnahmen betroffenen Städten keinen einzigen Ausgleich durch Eingemeindung erhalten habe. Darüber hinaus habe man die Stadt mit einem Arbeitsdienstlager (RAD) belastet und ihr für die Bergwerkssiedlung das ohnehin knappe Bauland weggenommen. (GR-P 10.6.1959).

5 Siehe hierzu Bauer o. J. (1976/77), S. 191ff., S. 416ff. und die Tab. S. 541f.

die Ortschaften Schalkstetten und Amstetten zurückzuholen, scheiterten trotz intensiver Bemühungen.<sup>6</sup>

## 1.2. Bevölkerungsentwicklung<sup>7</sup>

Die Bevölkerung der Stadt hat sich zunächst nur langsam entwickelt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts betrug sie nicht mehr als 1.573 Einwohner (1811), in der Gründungsphase der MAG hatte sie rd. 2.500 Einwohner (1852) erreicht. Erst im Zuge der aufkommenden Industrialisierung wuchs die Bevölkerung durch eine verstärkte Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem engeren Umkreis und stieg bis 1910 auf 8.674 Bewohner und damit auf mehr als das Dreifache an. Die auf Drängen des Nachbarorts Altenstadt, in dem sich viele der in den Geislinger Industriebetrieben Beschäftigten wegen der dortigen Wohnungsnot angesiedelt hatten, im Jahr 1912 erfolgte Eingemeindung nach Geislingen brachte mit rd. 5.300 Personen der Stadt einen sprunghaften Anstieg seiner Einwohnerschaft auf rd. 14.000 ein.<sup>8</sup> Der Erste Weltkrieg, die Inflation zu Beginn der 1920er Jahre und die wenige Jahre später einsetzende Weltwirtschaftskrise hemmten das wirtschaftliche Wachstum der Stadt und ließen die Bevölkerung bis 1933 mit 14.349 Einwohnern weitgehend stagnieren. Im Dritten Reich stieg sie bis zum Kriegsausbruch 1939 auf 17.475 Personen und bis Kriegsende 1945 dann nochmals um weitere rd. 1.000 Personen auf 18.665 an, nicht zuletzt auch infolge der Aufnahme von andernorts Evakuierten.

In der Nachkriegszeit mußte das unzerstört gebliebene Geislingen Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten aufnehmen und erreichte schon 1946 eine Einwohnerzahl von 20.478. Zu den Heimatvertriebenen kamen ab 1948 durch den einsetzenden Wirtschaftsaufschwung verstärkt auswärtige Arbeitskräfte hinzu, was die Bevölkerung bis 1950 auf 22.535 Einwohner anwachsen ließ. 1957 belief sie sich auf 23.932, 1961 auf 25.922, 1965 auf 25.922 und 1970 auf 27.662 Einwohner. Im Zuge der erwähnten Eingliederung von Umlandgemeinden (s. o. Ziff. 1.1) in der ersten Hälfte der 1970er Jahre erreichte Geislingen bis 1975 mit 29.393 Per-

6 S. dazu näher unten den Exkurs (Kap. III, Ziff. 4).

7 Siehe hierzu Bauer o. J. (1976/77), S. 410ff. und die Tab. S. 541f.; Rathmann 1955.

8 Von den 1906 in Altenstadt wohnhaften rd. 2.000 Arbeitern waren rd. 1.600 in Geislingen tätig, davon allein über 1.200 bei der WMF, ein weiterer Teil bei der MAG. Während in Geislingen die ständig wachsenden Gewerbesteuerleistungen seiner aufstrebenden Industriebetriebe das Gesamtsteueraufkommen weit über die Zunahme der Bevölkerung steigen ließ, blieb das Steueraufkommen in Altenstadt erheblich hinter dem Wachstum der Einwohnerzahl zurück. Der von der Bevölkerung nicht mitgetragene Zusammenschluß der beiden Gemeinden sorgte bis in die Gegenwart für gewisse Animositäten zwischen ihren Bewohnern (Bauer o. J. [1976/77], S. 414ff.).

sonen einen historischen Höchststand seiner Bewohnerschaft. Die Grenze von 30.000 Einwohnern hat es bis in die jüngste Vergangenheit nicht überschreiten können (oder wollen).

### 1.3. *Topographie und städtebauliche Entwicklung des Stadtbezirks Geislingen<sup>9</sup>*

Die Helfensteiner Grafen hatten die Stadt nach dem Vorbild der Stauferstädte angelegt. Zu den typischen Merkmalen der staufischen Stadtstruktur gehören ein rechteckiger Grundriß, eine durch dessen Mitte horizontal verlaufende Hauptstraße, ein Mauerring und zwei Stadttore.<sup>10</sup>

Der rechteckige Stadtkern war von einer spätestens 1250 fertiggestellten doppelten Stadtmauer (innere Stadtmauer) umschlossen. An die beiden jeweils in der Mitte der kurzen Seiten des Rechtecks im Süden und Norden eingelassenen (inneren) Stadttore hatten sich in der zweiten Hälfte des 13. Jh. von Handwerkern besiedelte, ungefähr dreiecksförmig ausgebildete Vorstädte angelagert, die sich ihrerseits jeweils durch einen zweiten, einfachen Mauerring (äußere Stadtmauer) mit einem jeweiligen (äußeren) Stadtor nach außen abgrenzten.<sup>11</sup>

Die sog. Kapellmühle, aus der 1850 die MAG hervorgehen sollte, war an der Rohrach<sup>12</sup> errichtet worden und siedelte am inneren Rand – etwa im Bereich des heutigen Gebäudes Schillerstraße 2 (früher: Froschgasse) – der den südwestlichen, atypisch ausgebuchteten Teil der oberen Vorstadt einschließenden (äußeren) Stadtmauer.<sup>13</sup> Sie lag damit nur unweit entfernt von der 1424 im äußersten südwestlichen Eck der Kernstadt erbauten (heute evangelischen) Stadtkirche, war von dieser aber durch den Verlauf der inneren Stadtmauer bis zu deren Abriß räumlich getrennt. Ihren Namen hat

9 Bauer o. J. (1976/77), S. 419ff.; Burkhardt 1963, S. 364ff.; Thierer o. J. (1987) und ders. in GZ v. 17.8.1979, v. 10.9.1994 und v. 27.4.1995.

10 S. hierzu Abb. 5 in Anhang II mit Erläuterungen.

11 Die südlich, Richtung Ulm gelegene Vorstadt war durch das Obere oder Ulmer Tor, und die nördlich, Richtung Altstadt gelegene Vorstadt durch das Spitaltor zugänglich. Das Obere Tor befand sich am »Radplatz« an der Gabelung von Adlerstraße und oberer Hauptstraße.

12 Die unterhalb von Amstetten in der Nähe der Steigmühle entspringende Rohrach fließt in gerader nördlicher Richtung am westlichen Rand der Kernstadt vorbei und mündet dann in die von Eybach kommende Eyb. Diese wiederum mündet in die von Bad Überkingen kommende, Richtung Göppingen fließende Fils. – Zur MAG s. näher unten Ziff. 2.1.

13 Die Kapellmühle und die Werksgebäude der MAG nach Abschluß ihrer Gründungsphase sind in Abb. 6 dargestellt. Abb. 7 zeigt die Fabrikanlage in ihrem um die Wende zum 20. Jh. erreichten Umfang. Beide Abbildungen finden sich in Anhang II mit Erläuterungen.

die Mühle von der ehemaligen Katharinenkapelle erhalten, die auf dem Gebiet des weiter südlich (stadtauswärts) gelegenen Kaisheimer Hofes, Schillerstraße 12, stand.<sup>14</sup> Dem Kaisheimer Hof benachbart (wiederum stadtauswärts) und ursprünglich diesem zugehörig, war das um 1250 erbaute, später (ab 1880) als staatliches Forsthaus (Schillerstr. 14) verwendete »Steinhaus«.<sup>15</sup> Beide Anwesen waren erst mit Errichtung der äußeren Stadtmauer in die (obere) Vorstadt einbezogen worden, was deren atypische Ausbuchtung erklärt. Der Kaisheimer Hof, auf dessen Gelände zuletzt eine kleine Landwirtschaft mit Fuhrhalterei und Werkstatt angesiedelt war (Hagmeyer Hof),<sup>16</sup> und das Forsthaus sollten später (1953 bzw. 1954) zugunsten der MAG-Erweiterung weichen.

Bis in die Zeit der beginnenden Industrialisierung beschränkten sich neue Ansiedlungen im wesentlichen auf die von der (äußeren) Stadtmauer umschlossene Fläche der Vorstädte. Um 1830 setzte der stückweise Verkauf und Abbruch der zunehmend verfallenden (äußeren) Stadtmauer ein. Die letzten Mauerreste gab der Gemeinderat 1845 zum Abbruch frei. Erst wenige Jahre zuvor hatte das Gremium einen »Stadterweiterungsbauplan« mit entsprechenden Bauvorschriften gebilligt und dafür 1841 auch die ministerielle Genehmigung erhalten. Damit waren (auch) die rechtlichen Voraussetzungen für Bautätigkeiten »außerhalb Etters«, also außerhalb des bebauten Ortsgebiets (die Vorstädte eingeschlossen), geschaffen, gewissermaßen rechtzeitig vor der heraufkommenden Industrialisierung und vor dem damit verbundenen Zuzug und Wohnraumbedarf auswärtiger Arbeitskräfte. 1845 gab es bereits vier Wohnhäuser auf dem Gelände vor dem Oberen Tor, womit sich die dann nach 1850 verstärkt einsetzende räumliche Ausdehnung der Stadt auf das bis dahin vorwiegend als Garten- und Ackerland genutzte Umland ankündigte.

Die dem rechteckigen Stadtkern entsprechende heutige Altstadt ist im Norden durch die Karlstraße, im Osten durch die Helfensteinstraße, im Süden durch die Rosenstraße und im Westen durch die Gartenstraße (bzw. die Rohrach) begrenzt.

Die natürliche Topographie der Stadt, ihre Tallage, wirkte sich im Laufe der Zeit zunehmend als hemmender Faktor für die Siedlungsausweitung aus. Dies machte sich in besonderem Maße in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bemerkbar, als zum einen die Aufnahme von Flüchtlingen die Bevölkerung sprunghaft ansteigen ließ und zusätzlichen Wohnraumbedarf schuf und zum anderen durch Wiederaufbau und Währungsreform (1948)

14 Die Namensgebung des Hofes rührt von dem bei Donauwörth gelegenen ehemaligen Zisterzienserkloster Kaisheim, das das Anwesen spätestens 1284 in seinen Besitz (bis zum Jahr 1620) gebracht hatte.

15 Das Gebäude hatten die Grafen von Helfenstein im Jahr 1289 dem Kaisheimer Kloster geschenkt, s. Burkhardt o. J. (1949/50), S. VIII, und ders. 1963, S. 375ff.

16 Burkhardt 1963, S. 364ff. (366).

ein Wirtschaftsaufschwung in Gang kam, der eine erhebliche Steigerung der gewerblich-industriellen Produktion und weiteren Flächenbedarf nach sich zog. Im Falle der MAG sah sich die Stadt – wie die Fallgeschichte zeigen wird – vor die Entscheidung gestellt, die Umnutzung bebauter Flächen zum Zwecke der Betriebserweiterung durch aktive Mithilfe und finanzielle Beteiligung zu fördern.

## 2. *Wirtschaftliche Entwicklung: Tragende Industrie- und Gewerbebetriebe sowie Versorgungsbetriebe*

### 2.1. *Entwicklungsstadien der Maschinenfabrik Geislingen (MAG)/Heidelberger Schnellpressenfabrik AG/Heidelberger Druckmaschinen (HDM)<sup>17</sup>*

Die Gründung der MAG im Jahr 1850 ist aus der Beteiligung des einem alten Mühlengeschlecht entstammenden gelernten Müllers Daniel Straub am Bau der (staatlich-württembergischen) Eisenbahnlinie von Stuttgart über Geislingen nach Ulm erwachsen. Die Stadt hatte die nach dem damaligen Stand der Technik als pionierhaft geltende Trassenführung über den im Süden Geislingens verlaufenden Albanstieg (mit einem auf einer Strecke von 5,6 km zu überwindenden Höhenunterschied von 112 m) in langwierigen Auseinandersetzungen gegen alternative Lösungen miterstritten.

Die anstehenden Bauarbeiten an der »Geislinger Steige«<sup>18</sup> ließen Straub – auf Anraten seines Veters Michael Knoll, dem als Oberbaurat die technische Bauleitung der Strecke von Esslingen bis Ulm übertragen war – im März 1847 den Entschluß fassen, eine Werkstätte zum Schärfen und Reparieren der beim Bahnbau abgenutzten bzw. beschädigten Werkzeuge in seiner Mühle, der erwähnten Kapellmühle in der oberen Vorstadt, unter Nutzung ihrer Wasserkraft einzurichten. Er hatte die Müllerei 1836 durch Heirat der einzigen Tochter ihres Besitzers (zusätzlich zu einer Mitgift von 30.000 Gulden in bar) übernommen und sie in den folgenden Jahren durch Einbau der neu aufgekommenen künstlichen Antriebstechniken (wie Turbinenantrieb) zu einer sog. »Kunstmühle« modernisiert. Neben dem Betrieb einer Reparaturwerkstätte, die im Zuge der fortschreitenden Bauarbeiten um diverse Schmiedearbeiten bis hin zur Anfertigung von kleineren

17 Siehe hierzu Bauer o. J. (1976/77), insbes. S. 271ff., Burkhardt 1952, Hipp 1952, Oechsle 1955, Goes 1973, S. 376f.

18 Die besagte Steige bezeichnet die Höhendifferenz, die auf dem Weg zwischen dem im Tal liegenden Geislingen und dem auf der Albhöhe gelegenen Amstetten zu überwinden ist. Sie nimmt ihren Anfang dort, wo in Abb. 2 (mit zugehörigen Erläuterungen in Anhang II) sich in der unteren linken Bildecke der Schriftzug R.R. TO ULM (R.R. für railroad) findet.

Ersatzteilen aus Eisenguß sukzessive erweitert wurde, wußte Straub zudem von dem Bahnbauprojekt dadurch zu profitieren, daß er – ebenfalls auf Anregung des besagten Vettters – eines der drei ausgeschriebenen Baulose übernahm. Diese zweifache Beteiligung am Bahnbau brachte ihm insgesamt einen Reingewinn von 30.000 Gulden ein. Im Jahr 1851 war der »Kapellmüller« Straub der höchstbesteuerte Geislinger Bürger.<sup>19</sup>

Als mit dem Ende des Bahnbaus im Jahr 1849 der Reparaturbetrieb mangels Aufträgen seine Rentabilität verlor, setzte Straub seine (reichlichen) Geld- und Betriebsmittel dafür ein, die Eisengießerei auszubauen und seiner mechanischen Werkstätte eine Mühlenbauschreinerei zur Fertigung von kompletten Mühlen- und Sägewerksanlagen für mittlere und kleinere Mühlen anzugliedern. Noch im Jahr 1850 stellte er den Mühlen- bzw. Mahlbetrieb ein und nannte seinen Betrieb fortan »Eisengießerei und Maschinenfabrik«<sup>20</sup>. Ab Mitte der 1850er Jahre dehnte er seine Produktion auf Wasserräder und Wasserturbinen aus.<sup>21</sup> Im Laufe der Zeit sollte sich die Maschinenfabrik nicht nur auf dem Gebiet des Mühlenbaus, sondern auch auf dem des Wasserräder- und Wassermotorenbaus sowie der Fertigung von Zylindern, Pressen, Pumpen, Dampfmaschinen u. ä. zu einer der herausragenden Industriestätten des Landes entwickeln, die sich mit den beiden größten württembergischen Turbinenfirmen J. M. Voith (Heidenheim)<sup>22</sup> und Escher-Wyss & Co. (Ravensburg) messen konnte. Auf der Weltausstellung in Wien 1873 erhielt die Firma die Fortschrittsmedaille im Maschinenbau.

Nach dem frühen Tod seines einzigen Sohnes und prospektiven Nachfolgers und Erben im Jahr 1876 entschloß sich Straub, den Fortbestand seiner beiden Unternehmen – neben der Maschinenfabrik hatte er eine Metallwarenfabrik, aus der dann die WMF hervorgehen sollte (s. nachfolgenden Ziff.

19 Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß zum damaligen Zeitpunkt die gewerbliche Tätigkeit in der Stadt durch das Kleinhandwerk geprägt war, das zudem durch Überbesetzung und Absatzschwierigkeiten vom Untergang bedroht war. Die größeren Betriebe konnten nicht einmal mehr einem Prozent der Bevölkerung Beschäftigung bieten.

20 Die Handelsmühle und Mehlhandlung Daniel Straub wurde allerdings erst Anfang 1880 nach Verkauf an die Maschinenfabrik aus dem Handelsregister des Amtsgerichts Geislingen gelöscht und damit auch formell als eigenständiger Betrieb neben der Maschinenfabrik endgültig aufgegeben (Bauer o. J. (1976/77), S. 247, 281).

21 Aus dieser Zeit stammt auch das Türmchen, das später als Wahrzeichen der MAG nach deren Wegzug nach Amstetten in die Neugestaltung des von der Stadt erworbenen Betriebsareals übernommen werden sollte (s. dazu auch näher unten Kap. IV, Ziff. 4.2.1).

22 Seinen Konkurrenten Voith, der noch nicht über eine eigene Eisengießerei verfügte, belieferte Straub mit Eisengußteilen. Im übrigen erstreckte sich das Absatzgebiet der Straubschen Produktion über Württemberg hinaus auf andere Regionen Deutschlands und auch auf das Ausland, insbesondere Schweden und Norwegen. (NWZ v. 1.1.1966; GZ v. 24.6.1981).

2.2), mitbegründet und später zusammen mit seinem Sohn geleitet – dadurch zu sichern, daß er sie in die Form einer Aktiengesellschaft überführte. Diese Absicht traf sich mit dem von der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart angeregten Plan, die Straubsche Metallwarenfabrik mit der etwa gleich großen Esslinger Konkurrenzfabrik, der 1871 in Stuttgart gegründeten Versilberungsfirma A. Ritter & Co., in einer Aktiengesellschaft zu vereinigen, da beide Unternehmen jeweils für sich genommen nicht über genügend Kapital verfügten, um die Betriebskapazitäten der anhaltenden Umsatzerhöhung im In- und Ausland anzupassen. Entsprechend brachte Straub Mitte des Jahres 1880 seine sämtlichen Geislinger Besitzungen und Liegenschaften im Wert von rd. 2,5 Mio. Mark sowie seine im Laufe der Zeit außerhalb Geislingens, insbesondere in Bayern, erworbenen Unternehmen bzw. Unternehmensbeteiligungen und Grundstückserwerbungen im Wert von rd. 5,5 Mio. Mark, also insgesamt rd. 8 Mio. Mark, in die »Industrie-Gesellschaft Geislingen AG« ein. Dieses unter Mitwirkung der Vereinsbank geschaffene Unternehmen war von vornherein als reine Verwertungs- und Abwicklungsgesellschaft gedacht mit dem Ziel, die einzelnen Betriebe so bald wie möglich als selbständige Firmen wieder auszugliedern. Als erste schied aus der Gesellschaft die Straubsche Metallwarenfabrik aus, um durch Zusammenschluß mit dem besagten Esslinger Unternehmen A. Ritter & Co. als Aktiengesellschaft »Württembergische Metallwarenfabrik Geislingen« (WMF) neu gegründet zu werden. Im November 1883 folgte die Verselbständigung der Straubschen Maschinenfabrik als »Maschinenfabrik Geislingen AG« mit einem Grundkapital von 700.000 Mark.

Die nunmehr unter dem Namen MAG geführte Maschinenfabrik behielt zunächst ihr bisheriges Produktionsprogramm mit den Schwerpunkten der Herstellung von Mühlen, Wasserrädern und Wasserturbinen bei, dem in den Folgejahren diverse Erweiterungen wie Zementwerkeinrichtungen und Maschinen für Hartzerkleinerung, chemische Farben, Sprengstoffwerke u.ä. hinzugefügt wurden. Gleichwohl konnte die MAG unter der neuen Führung die bisherige aufstrebende Tendenz der Fabrik nicht im gleichen Maße fortsetzen. Um die Jahrhundertwende hatte das Unternehmen schwere Krisenjahre durchzustehen, was den früheren WMF-Direktor, Kommerzienrat Dr. Ing. Carl Haegele, schließlich veranlaßte, aktiv in die Geschäftspolitik einzugreifen. 1910 übernahm dieser rd. 2/3 der MAG-Aktien und setzte als Mehrheitsaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender eine Reorganisation und Modernisierung des Betriebs in Gang. Trotz einer Umsatzsteigerung auf mehr als das Doppelte in den Jahren von 1910 bis 1912 (u. a. durch den 1910 erfolgten Aufkauf einer Zuffenhausener Maschinenfabrik, deren Metallbearbeitungsmaschinen in den Geislinger Betrieb übernommen wurden) reichte angesichts der jahrzehntelang vernachlässigten Erneuerung bzw. Modernisierung des Maschinenparks und der sonstigen betrieblichen Ein-



richtungen das Kapital des Mehrheitsaktionärs Haegele letztlich nicht aus, um das Werk in die Wirtschaftlichkeit zu führen.<sup>23</sup> Hinzu kamen die in der Vorkriegszeit erheblich gestiegenen Rohmaterialkosten sowie innerbetriebliche Probleme wie namentlich wiederholte Direktorenwechsel und ein Streik der Gießereiarbeiter. Diese Entwicklung hatte zur Folge, daß schon Anfang 1914 ein Teil der Arbeiter entlassen werden mußte. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs wurde die MAG als selbständiges Unternehmen in die Holding-Gesellschaft des Richard-Kahn-Konzerns eingegliedert, dem sie bis zu dessen Auflösung im Jahr 1929 zugehörte. Unter der Regie des Kahn-Konzerns wurde, forciert durch die völlige Zerstörung des größten Teils des Hauptfabrikgebäudes durch ein Großfeuer im Jahr 1920, der veraltete Maschinenpark gegen neue Anlagen ausgetauscht.

Neue Eigentümerin der in dieser Weise sanierten und modernisierten MAG wurde 1929 die Heidelberger Schnellpressenfabrik AG. Das seit 1906 unter diesem Namen geführte Unternehmen war seinerseits – wie die MAG – aus einer im Jahr 1850 gegründeten Werkstatt zur Herstellung von Druckmaschinen, Papierschnidern und Falzapparaten hervorgegangen und 1899 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Den Schwerpunkt der (vorwiegend für den Export bestimmten) Produktion bildeten verschiedene Buchdruckschnellpressen und eine Flachbett-Zeitungsrotation. 1912 wurden erste (erfolgreiche) Versuche mit automatischer Bogenzuführung und -ablage auf einer Tiegeldruckpresse unternommen. 1914 hatte die Schnellpressenfabrik die ersten Gußlieferungen von der Geislinger Maschinenfabrik bezogen. Ab 1926 konzentrierte sich das Unternehmen, das rd. 200 Mitarbeiter beschäftigte, auf den inzwischen weiterentwickelten und verbesserten Heidelberger Tiegel und begann mit dessen Produktion in Fließbandfertigung mit monatlich 100 Maschinen.<sup>24</sup>

Nach der Übernahme der MAG durch die Schnellpressenfabrik wurde das bisherige Geislinger Produktionsprogramm (Wasserturbinen und Zerkleinerungsmaschinen) sukzessive um die Herstellung von Einzelteilen für die Heidelberger Druckmaschinen ergänzt. Die Schwierigkeiten, auf die Dauer die beiden sehr unterschiedlichen Produktionszweige nebeneinander aufrechtzuerhalten, und die sich abzeichnende völlige Auslastung des Geislinger Betriebs mit der Produktion für den Heidelberger Druckmaschinenbedarf führten Ende der 1930er Jahre zum Verkauf der Abteilung Wasserturbinen (1937) und der Abteilung Zerkleinerungsmaschinen (1939). Die

23 Die Zahl der Beschäftigten von 375 im Jahr 1875 ging nach Gründung der AG, also in den 1880er Jahren, auf 150 zurück und wurde erst nach Übernahme der Aktienmehrheit durch Haegele, also nach 1910, wieder erreicht (Bauer o. J. (1976/77), S. 291).

24 Die Schnellpressenfabrik AG war in der Produktion von Druckmaschinen nicht ohne Konkurrenz. 1925 gab es allein in Deutschland 31 Druckmaschinenhersteller, die größer waren als das Heidelberger Unternehmen (Sonderveröffentlichung der Südwestpresse und der GZ v. 15.8.1985).

bereits 1934/35 begonnene Erneuerung der Werksräume und die Anpassung des Maschinenparks an die Erfordernisse der Heidelberger Produktion konnten bis zum Kriegsbeginn abgeschlossen werden. Betrug die Zahl der bis 1930 ausgelieferten Tiegelautomaten 11.000 Stück, war sie im Jahr 1935 bereits auf 23.000 Stück gestiegen. In diesem Jahr wurde auch erstmals der berühmte Heidelberger Zylinder einer breiteren Fachöffentlichkeit vorgeführt. Der Umsatz belief sich 1936 auf 4,4 Mio. RM.<sup>25</sup>

Seit dem Jahr 1940 gehört die Schnellpressenfabrik, die Mitte der 1960er Jahre in Heidelberger Druckmaschinen AG (HDM) umbenannt wurde, als selbständiges Unternehmen zum Konzern des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE).<sup>26</sup> Als Eigentümerin der Geislinger MAG war sie es, die in allen wesentlichen, das Zweigwerk betreffenden Angelegenheiten bis zu dessen Auflösung und Verlegung nach Amstetten die entscheidenden Verhandlungen mit der Stadt führte. Während der Ausdehnungsphase der MAG in den 1950er und 1960er Jahren wurde das Heidelberger Stammwerk vom Vorstandsvorsitzenden Generaldirektor Friburger und dem für die MAG zuständigen Vorstandsmitglied Direktor Dr. Lemberg geleitet, während der Verlegungsphase ab Mitte der 1970er Jahre von einem Vorstandskollegium mit den im vorliegenden Fall maßgeblichen Mitgliedern Bertram Mainze (Produktionstechnik) und Dr. Roland Roser (Finanzen).<sup>27</sup> Die örtliche Leitung der MAG lag bis Ende August 1954 bei dem gebürtigen Geislinger Heinrich Liebert,<sup>28</sup> danach bis Ende Februar 1978 bei Fritz Danneberger und anschließend bis zum Umzug nach Amstetten bei Georg Lichtenfels.<sup>29</sup>

25 Bauer o. J. (1976/77), S. 292; Sonderveröffentlichung der Südwestpresse und der GZ v. 15.8.1985.

26 FAZ v. 8.4.2002. Der RWE-Konzern hat im Zuge der Konzentration auf sein Kerngeschäft (Strom bzw. Energie) im Verlauf der 1990er Jahre seine Anteile an der HDM (dem inzwischen weltgrößten Hersteller von Druckmaschinen) auf zuletzt (2001) gerade noch die Mehrheitsbeteiligung sichernde 50,1 % reduziert. Die Konzernplanung sieht im übrigen vor (Stand: Frühjahr 2003), sich in absehbarer Zeit auch von diesem Anteil, dem nur noch der Status einer Finanzbeteiligung zukomme, zu trennen.

27 Die Heidelberger Firmenleitung der MAG schien dem Geschick der Stadt kaum verbunden gewesen zu sein. Jedenfalls fand sie sich in den angesprochenen Verhandlungen wenig bereit, auf deren Interessen Rücksicht zu nehmen. Damit hob sie sich deutlich von der ortsansässigen Leitung der WMF (s. nachfolgend Ziff. 2.2.) ab, die sich insbesondere unter ihrem langjährigen Vorstandsvorsitzenden Burkhardt (zu ihm s. näher unten Anm. 32) in kulturellen Angelegenheiten zugunsten der Stadt engagierte.

28 Liebert war Sohn eines Geislinger Konditormeisters (GZ v. 15.8.1979).

29 Lichtenfels leitete zunächst auch bis Anfang der 1990er Jahre das neue Werk in Amstetten.

## 2.2. *Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF)*<sup>30</sup>

Straub war – wie bereits angesprochen – auch Initiator und (Mit-) Begründer einer Metallwarenfabrik, aus der das (später) größte Industrieunternehmen Geislingens, die »Württembergische Metallwarenfabrik AG« (WMF), hervorgehen sollte.

Auf dem von ihm 1849 erworbenen, seinerzeit außerhalb der Stadt gelegenen Laufenwiesener Gelände (bei der verfallenen Lenzschen Ölmühle) errichtete Straub Ende 1852 einen Kupferwalzbetrieb zur Herstellung von silberplattiertem Kupferblech (Plaqué-Silber). Ein Jahr später nahm er zusammen mit den Gebrüdern und gelernten Metalldruckern Schweizer unter dem Firmennamen »Metallwarenfabrik Straub und Schweizer« die Produktion von Plaqué-Silber und dessen Verarbeitung zu Tafel- und Küchengeräten sowie von Kaffee- und Teekochplatten auf. Die große Nachfrage nach diesen Produkten erforderte alsbald einen Ausbau des Betriebs, die Zahl der Beschäftigten stieg bereits drei Jahre nach der Unternehmensgründung von 16 auf 60 Facharbeiter. Nach Ausscheiden der Gebrüder Schweizer und der Aufnahme von Straubs Sohn als Teilhaber im Jahr 1866 wurden die Werkstätten durch einen neuen Hauptbau planmäßig erweitert. Daneben begann die in »Straub & Sohn, Metallwarenfabrik Geislingen« umbenannte Firma mit der Errichtung erster Verkaufsfilialen (zunächst in Norddeutschland, in der Folge auch im europäischen Ausland), die den Grundstock für das später weltweite Netz der WMF-Vertretungen bilden sollten. Der Verkaufserfolg zog 1869 umfängliche bauliche Erweiterungen der Plaqué-Fabrik (u.a. zwei Stockwerkaufbauten am Hauptgebäude) nach sich, die im Firmengelände vorhandene Wasserkraft wurde durch den Ankauf der Lenzschen Ölmühle verstärkt. In den nachfolgenden sog. Gründerjahren erfuhr das Unternehmen einen bis in die 1890er Jahre anhaltenden Aufstieg. Die Belegschaft erhöhte sich von 140 Arbeitern im Jahr 1869 über 180 (1875) und 250 (1878) auf 300 Arbeiter im Jahr 1880.

Nach der 1880 erfolgten Fusion der Straubschen Metallwarenfabrik mit der Esslinger Firma Ritter & Co. zur MWF (s. o. Ziff. 2.1) wurde der Esslinger Betrieb mangels dortiger Ausdehnungsmöglichkeiten schrittweise auf das für Erweiterungen hinreichend Raum bietende Geislinger Fabrikgelände verlagert und die Produktion der beiden Firmen zu einer gemeinsamen Kollektion zusammengeführt. In den Folgejahren wurden Neubauten mit groß angelegten Fabrikationsräumen erstellt, Maschinen und Einrichtungen erneuert. Durch die Betriebserweiterung stieg die Belegschaft schnell an, 1890 umfaßte sie bereits 2.000, zu Beginn des ersten Weltkriegs 3.500 Arbeiter. Um die wachsende Nachfrage zu befriedigen, betrieb die inzwischen zu einer Weltfirma aufgerückte WMF eine extensive Beteiligungspolitik, um auf diese Weise Konkurrenzunternehmen auszu-

30 Siehe hierzu Bauer o. J. (1976/77), insbes. S. 293ff., und Goes 1973, S. 390f.

schalten, gründete Filialen und Zweigwerke bzw. kaufte solche auf, wo immer sich eine entsprechende Gelegenheit ergab. Nach Übernahme der Göppinger Firma Schauffler & Safft – einem Tochterbetrieb der ältesten, 1837 gegründeten Metallwarenfabrik Rau & Cie. – im Jahr 1897 zog sich ein Jahr später der leitende Direktor der WMF, der bereits erwähnte Kommerzienrat Haegele (s. o. Ziff. 2.1), aus der Geschäftsführung zurück und wechselte in den Aufsichtsrat. Bis zum Ersten Weltkrieg entwickelte sich das Unternehmen kontinuierlich fort, was u. a. mit der Erweiterung der Fabrikanlagen und dem Bau eines neuen Fabrikhochhauses aus Eisenbeton einherging. In den 1920er Jahren wurde die Produktpalette durch neuartige Erzeugnisse (u. a. Silitgeschirr und Cromarganartikel) bereichert und ein künstlerischer Fertigungszweig eingerichtet. Infolge der Weltwirtschaftskrise 1929 wurden die auswärtigen Zweigwerke aufgelöst (so auch 1932 das Göppinger Zweigwerk) und die gesamte Fertigung in Geislingen konzentriert, wodurch die Arbeitsplätze im Stammwerk erhalten werden konnten. Durch Vermehrung der Verkaufsniederlassungen im Inland und durch Erschließung der Hotelbranche als Absatzmarkt stieg die Beschäftigtenzahl trotz des gedrosselten Exports in den Jahren 1934-1939 auf 5.600 insgesamt (einschließlich der Niederlassungen). Im Zweiten Weltkrieg arbeitete die WMF – wie schon im Ersten Weltkrieg – hauptsächlich für die Rüstungsindustrie, u. a. als Zulieferer für den Bau von Messerschmidt-Flugzeugen. Zwar blieben die Fabrikanlagen durch den Krieg unversehrt, die inländischen Niederlassungen waren dagegen fast alle zerstört und die ausländischen beschlagnahmt worden. In den 1950er Jahren wurde das Unternehmen erfolgreich wiederaufgebaut, indem die zerstörten (west-)deutschen Verkaufsniederlassungen wiederhergestellt und Tochtergesellschaften im europäischen Ausland und in den USA gegründet wurden. Die Zahl der weltweit Beschäftigten stieg von rd. 4.000 im Jahr 1953 auf 7.589 im Jahr 1960. Der Arbeitskräftemangel im Geislinger Werk veranlaßte die Firma ab 1954, arbeitsintensive Fertigungszweige in industriearme Gegenden zu verlegen, u. a. 1958 die Silit-Geschirrfertigung nach Riedlingen/Oberschwaben, wobei allerdings diese Produktionsstätte bereits 1964 wieder aufgegeben wurde. Zu Beginn der 1970er Jahre hatte sich die WMF mit einem Aktienkapital von rd. 37,5 Mio. DM und einem Konzernumsatz (1974) von 463,5 Mio. DM (davon 18 % Auslandsgeschäft) zur »größten und vielseitigsten Fabrik ihrer Art in Europa« entwickelt.<sup>31</sup>

Das nach dem Krieg zunächst vom Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Ing. Dr. rer. nat. h. c. Arthur Burkhardt<sup>32</sup> bis zu dessen Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1970 geleitete und anschließend einem kollegial geführten Vor-

31 Bauer o. J. (1976/77), S. 315.

32 Burkhardt, Jahrgang 1905, gehörte dem Lehrkörper der TH Stuttgart als ordentliches Mitglied an und war später deren Ehrensensator. Von der naturwissenschaftlichen Fakultät der Univ. Tübingen wurden ihm die Würden des Ehrendoktors und des Eh-

stand unterstellte Unternehmen wurde Anfang der 1980er Jahre von den Nachfahren des Firmengründers an den Konzern Rheinmetall verkauft. Nachdem die von Rheinmetall angestrebte Übernahme der Aktienmehrheit gescheitert war, erwarb 1985 der Wiesbadener Rechtsanwalt Wolfgang Schuppli diese Mehrheit. Der neue Besitzer holte ein Jahr später (1986) den bis heute noch amtierenden Vorstandsvorsitzenden Hochschild in das Unternehmen.<sup>33</sup> Im Geschäftsjahr 2002 beliefen sich der (weltweite) Gesamtumsatz der WMF auf rd. 578 Mio. DM (2001: rd. 583 Mio. DM) und die Zahl der Mitarbeiter auf 5.469.<sup>34</sup>

### 2.3. *Süddeutsche Baumwoll-Industrie AG (SBI)*<sup>35</sup>

Die Gründung der Süddeutschen Baumwoll-Industrie AG (SBI), einer der größten württembergischen Textilfabriken, nahm im Nachbarort, dem 1912 nach Geislingen eingemeindeten Altenstadt, ihren Ausgang.<sup>36</sup> Sie verdankt sich der Initiative der aus der Schweiz stammenden Familie Staub. Diese hatte sich Anfang 1852 für die Wasserkraft des Straubischen Geländes in den Laufewiesen (s. o. Ziff. 2.1) interessiert, um dort eine große Baumwollspinnerei zu errichten. Da Straub diese Wasserkraft für seine eigenen Unternehmenszwecke des geplanten Kupferwalzwerks nutzen wollte, empfahl er – erfolgreich – den Staubs, ihre Fabrik auf dem ebenfalls ihm gehörenden Gelände am Filswasserfall bei Altenstadt anzulegen. 1853 nahm das Werk, das ab 1854 unter dem Namen »Mechanische Baumwollspinnerei Johann Heinrich Staub & Söhne« firmierte, den Produktionsbetrieb mit an-

rensenators verliehen. 1955 erhielt er zu seinem 50. Geburtstag das Große Bundesverdienstkreuz für außerordentliche Verdienste um Wirtschaft, Industrie und Wissenschaft, 1966 zu seinem 25-jährigen Vorstandsjubiläum in Anerkennung seiner besonderen Verdienste das Große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland (Bauer o. J. (1976/77), S. 313f.). Die Stadt verlieh ihm im April 1962 zum 57. Geburtstag auf Initiative der CDU-Rathausfraktion die Ehrenbürgerwürde für seine Verdienste um die Stadt (GR-P 14.2.62, GR-P 28.2.62 und GR-P 4.4.62). Die SPD-Fraktion hatte sich Ende des Jahres 1961 mit Blick auf den im Februar 1962 anstehenden 65. Geburtstag des HDM-Generaldirektors Friburger ausbedungen, daß diesem nicht die Ehrenbürgerschaft zuteil werden sollte, bevor diese nicht Burkhardt zugesprochen worden sei (GR-P nō 20.12.61).

33 Stand Frühjahr 2003.

34 FAZ v. 24.1.2003 und v. 14.2.2003.

35 Siehe hierzu Bauer o. J. (1976/77), S. 315ff., Britzelmayer 1978a und ders. 1978b.

36 Der älteste Gewerbebezirk des Geislinger Raums, die hausgewerbliche, überwiegend von der kleinbäuerlichen Bevölkerung als Nebenerwerb auf Handwebstühlen betriebene Leinen- und Zeugweberei, war mit dem Aufkommen mechanischer Spinnereien und Webereien weitgehend verdrängt worden, ebenso auch der Anbau von Hanf durch die zunehmend verbreitete Verwendung von Baumwolle und Kunstfasern als Rohmaterial.

fänglich 200-300 Arbeitern auf. Arnold Staub, der jüngere der beiden Staubschen Söhne, machte sich 1857 mit dem Bau einer fälschlicherweise zwischen den Ortschaften Kuchen und Gingen gelegenen Weberei selbständig,<sup>37</sup> die er zunächst als Tochterunternehmen des Altenstädter Werks, aber bereits wenig später nach der Aufnahme von drei weiteren Teilhabern unter eigenem Firmennamen (Staub & Cie., Kuchen) führte und der er 1859 eine (neben der Altenstädter weitere) Baumwollspinnerei anfügte. Nachdem sein Bruder Emil Staub, der den (väterlichen) Altenstädter Betrieb »J. H. Staub & Söhne« führte, 1871 schon zum zweiten Mal binnen dreier Jahre in Zahlungsschwierigkeiten geraten war, nahm Arnold Staub das Altenstädter Stammwerk unter seine alleinige Leitung und fügte es unter Aufgabe des alten Firmennamens in seine Kuchener Gesellschaft »Staub & Cie.« ein. Zehn Jahre später, Ende 1881, kam es auf Drängen der Teilhaber zur Auflösung der Firma, die in ihrer infolge der krisenhaften Entwicklung in der Textilbranche in den 1860er und 1870er Jahren ohnehin verminderten Finanzkraft durch zwei Großbrände 1873 und 1879 weiter geschwächt worden war. Das Kuchener Werk wurde unter Vereinigung mit einer Weberei in Günzburg und einer Spinnerei bei Kempten (beide zuletzt im Besitz der Firma Waibel & Co.) Anfang 1882 in die »Süddeutsche Baumwolle-Industrie Aktiengesellschaft, Kuchen« (SBI, auch – lautmalend – Esbi) umgewandelt. Das Altenstädter Stammwerk, das sich Arnold Staub als persönliches Eigentum hatte erhalten können, geriet noch im Jahr 1882 durch fehlgeschlagene Baumwollspekulationen erneut in Zahlungsschwierigkeiten, auf Grund derer sich sein Besitzer das Leben nahm. Im Rahmen des daraufhin eröffneten Konkursverfahrens wurde das Altenstädter Unternehmen von der Kuchener SBI durch deren Direktor Emil Waibel ersteigert und in den Jahren um die Jahrhundertwende betrieblich (Einrichtung einer Spinner- und Weberei) und baulich erweitert. 1972 wurde das Altenstädter Zweigwerk der SBI, das den Zweiten Weltkrieg unversehrt überstanden hatte, nach Übernahme der Aktienmehrheit durch eine Esslinger Familie im Zuge einer Reorganisation des SBI-Gesamtunternehmens stillgelegt und an die Stadt Geislingen verkauft,<sup>38</sup> die nach Abbruch der Werksanlagen 1974 auf dem Gelände ein Schul- und Sportzentrum (Schubart-Realschule, Michelberggymnasium und Michelberghalle) errichtete.

37 Zur Lage von Kuchen und Gingen s. die Abb. 4 in Anhang II mit Erläuterungen.

38 Schon im Jahr 1957 hatte die Stadt einen rd. 1,03 ha großen, an den Turnverein Altenstadt vermieteten Teil des SBI-Geländes in Altenstadt für 180.000 DM (= rd. 17,50 DM/qm) käuflich erworben, der ihr von dem Unternehmen zuvor für 20 DM/qm (entsprechend insgesamt 206.000 DM) angeboten worden war. Das Gelände sollte wahlweise für einen Turn- und Spielplatz, ein Schulgebäude, einen Festplatz für den Stadtteil Altenstadt u. ä. verwendet werden. Das Stammwerk der SBI in Kuchen blieb damals weiter in Betrieb.

## 2.4. Grube Karl<sup>39</sup>

Die Württembergische Bergbauverwaltung hatte sich 1857 entschlossen, das bei Kuchen nachgewiesene Erzlager auszubeuten und am südwestlich von Kuchen gelegenen Michelberg ein Erzbergwerk zu errichten. In der Folge wurde ein Hauptstollen mit Nebenstollen in Richtung Oberböhringen angelegt und ein Bergwerkshaus am Stolleneingang erbaut. Nach knapp 20-jähriger Förderung wurde die Grube 1885 stillgelegt.

Nachdem auf Grund des Berggesetzes von 1874 auch Privatpersonen Bergrechte erhalten konnten, erwarb der inzwischen zum Großindustriellen aufgestiegene Daniel Straub (s. o. Ziff. 2.1) 1875 die Berechtigung, die in dem zwischen Altenstadt und Kuchen gelegenen Grubenfeld von rd. 2 Mio. qm Grundfläche (»Grube Hohenstein«) vorkommenden Erze zu gewinnen. Zur Umsetzung seiner Pläne, die Bodenschätze zur Verwendung in seiner Eisengießerei und Maschinenfabrik zu heben, war es dann durch den frühen Tod seines Sohnes aber nicht mehr gekommen.

Der Erzbergbau setzte im Geislinger Raum in nennenswertem Ausmaß erst nach dem Ersten Weltkrieg ein, in dessen Folge Deutschland die lothringischen Erzbergwerke wie auch sämtliche Konzessionen im übrigen Ausland verloren hatte. Nachdem die 1921 gemeinsam vom württembergischen Staat und der Gutehoffnungshütte Oberhausen (GHH) gegründeten Schwäbischen Hüttenwerke die Schürfrechte im gesamten württembergischen Raum übernommen hatten, wurde noch im selben Jahr im Gewinn Hagnach am westlichen Ortsende von Altenstadt der (kaum 1,5 km vom alten Kuchener Stollen entfernte) »Karlsstollen« in die erzführenden Schichten des Michelbergs vorgetrieben, die Erzförderung drei Jahre später aber wieder eingestellt. Im Jahr 1935 nahm die GHH, die ein Jahr zuvor von den Schwäbischen Hüttenwerken das Schürfrecht an den Geislinger Grubenfeldern erworben hatte, die Erzförderung im Karlsstollen in kleinerem Umfang wieder auf. Im Rahmen des Vierjahresplans des Dritten Reichs wurde 1936 am Südosthang des Michelbergs zwischen Altenstadt und Überkingen die Großanlage »Staufenstollen« erstellt, der Karlsstollen diente seitdem nur noch als Wetterschacht. Das geförderte Erz wurde zur Verhüttung ins Ruhrgebiet transportiert. Aus dem Ruhrgebiet kamen auch die Bergleute, die über die notwendige Erfahrung für die Arbeit unter Tage verfügten. Für ihre Unterbringung sorgte die von der GHH zusammen mit der eigens zu diesem Zweck 1937 ins Leben gerufene Geislinger Siedlungs- und Wohnungsbau GmbH (GSW, zu ihr s. u. Ziff. 2.6) mit ihrer in den Folgejahren errichteten »Bergwerkssiedlung«, die über 400 Gebäude mit annähernd 600 Wohnungen umfaßte.

In den 1950er Jahren lieferte der Geislinger Bergwerksbetrieb rd. 2,5 % des deutschen Erzes. Anfang 1963 wurden das Werk, das seit 1955 als selb-

39 Siehe hierzu Bauer o. J. (1976/77), S. 278ff., S. 376ff., und Heinkel 1978.

ständige Tochtergesellschaft der GHH unter dem Namen »Grube Karl der Staufensteinen GmbH« geführt wurde, mangels Rentabilität stillgelegt und die Grubenanlagen abgebrochen. Die Stadt erwarb das frei gewordene Gelände und stellte es Anfang der 1970er Jahre für die Ansiedlung moderner Industriebetriebe (sog. Industriegebiet »Neuwiesen«) zur Verfügung. Die Gebäude des vorderen Teils der Bergwerkssiedlung (»Vordere Siedlung« zwischen Überkinger Straße und dem SBI-Kanal), mit deren Abriß man noch im Jahr 1963 begonnen hatte, wurden durch moderne Wohnblocks und Hochhäuser im Rahmen eines großangelegten »Demonstrativ-Bauprogramms« der GSW ersetzt. Nach Abschluß dieses Programms im Jahr 1972 wurde die Sanierung des restlichen, hinteren Teils der Siedlung (»Hintere Siedlung«) in Angriff genommen.

2.5. *Carl Maurersche Buchdruckerei (1), Bauunternehmung KG Eugen Heller (2), Eisen- und Sanitärgrößhandlung Leonhard Hagmeyer (3)*<sup>40</sup>

(1) Im Zuge der Gründung seiner Druckerei hatte Georg Maurer im Jahr 1856 Redaktion, Druck und Verlag des unter der Bezeichnung »Alb- und Filsthal-Bote« erstmals 1847 erschienenen Amtsblatts des Oberamtsbezirks Geislingen übernommen. Mit dem Übergang von Verlag und Redaktion auf den Sohn Carl Maurer wurde der Titel des Amtsblatts in »Geislinger Zeitung« (GZ) geändert. Nach Maurers Tod im Jahr 1906 und einer zwischenzeitlichen Führung des Betriebs durch dessen Witwe ging die Leitung des Betriebs auf die beiden Söhne Carl und Otto Maurer über. Das seit 1976/77 vom Enkel Carl-Otto Maurer jun. fortgeführte und als C. Maurer Druck und Verlag firmierende Unternehmen hat inzwischen die Produktion der GZ eingestellt und sich auf das Drucken und Herstellen von Fachzeitschriften und Büchern für den Eigenverlag und für Fremdverlage konzentriert.<sup>41</sup>

Die wiederholt notwendig gewordenen betrieblichen Erweiterungen konnten über die Jahre hinweg am angestammten, der Druckerei seit 1866 gehörenden Standort in der Bismarckstraße (in unmittelbarer Nähe zur MAG) durchgeführt werden. Nach dem Wegzug der MAG erwarb dann Carl Otto Maurer jun. für eine neuerliche Betriebserweiterung eine rd. 3.000 qm große Fläche des ehemaligen Werksareals.

40 Siehe zu diesem Abschnitt Bauer o. J. (1976/77), S. 332f. u. 335f., ferner die Firmenkurzbiographien in Goes 1973, S. 366 (zur Geislinger Zeitung, Carl Maurersche Buchdruckerei), S. 370 (zu Eugen Heller, Bauunternehmung KG) und S. 368 (zu Leonh. Hagmeyer, Eisen- und Sanitärgrößhandlung).

41 Ab Mitte der 1990er Jahre beschäftigte die Druckerei gleichbleibend insgesamt 100 Mitarbeiter. (GZ v. 4.2.2002).



(2) Das 1873 von dem Maurermeister Andreas Fezer gegründete Bauunternehmen hatte unter der Leitung von dessen Sohn Hans ab 1910 damit begonnen, seinen Schwerpunkt vom Wohnungsbau hin zur Errichtung von Industriebauten und öffentlichen Gebäuden zu verlegen. Nach dem Einbruch der Bauindustrie infolge der Weltwirtschaftskrise 1929 übernahm der über »reiche internationale Erfahrungen« (Bauer o. J. (1976/77), S. 336) verfügende Geislinger Baumeister (und Schwiegersohn von Hans Fezer) Eugen Heller den Betrieb im Januar 1933.<sup>42</sup> Mitte der 1970er Jahre verfügte die Bauunternehmung über ein eigenes Ingenieurbüro und einen geräumigen Bauhof mit allen erforderlichen Hilfsbetrieben und beschäftigte rd. 250 Mitarbeiter. Die Firma betätigte sich nahezu in sämtlichen Bereichen des modernen Bauens (vom Wohnungsbau über den Schul-, Verwaltungs- und Industriebau bis hin zum Bau von Wasserversorgungswerken). Im Jahr 1968 übernahm der Sohn Eugen Hellers, Bauingenieur Hans Dieter Heller, die Geschäftsführung der Unternehmung. Die Firma arbeitete als seinerzeit größte Bauunternehmung am Ort während der Erweiterungsphase der MAG in den 1950er und 1960er Jahre eng mit dieser zusammen.

(3) Der 1867 von Leonhard Hagemeyer eröffnete (Eisen-) Handelsbetrieb war aus einer Schmiede erwachsen. Nach dem Tod von August Häcker, der als Schwiegersohn Hagemeyers den Betrieb weitergeführt hatte, übernahm Eberhard Beil, Ehemann der einzigen Tochter Häckers, das Geschäft und baute es weiter aus, u. a. durch ein Lagerhaus, das er kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in der Heidenheimer Straße mit Gleisanschluß errichtete. Nach dem Tod von Beil 1950 übernahmen dessen beide Söhne die »aufstrebende Großhandlung«<sup>43</sup>, die mit dem Tod des einen 1954 unter die alleinige Leitung von Volkmar Beil fiel. Mitte der 1970er Jahre verfügte das Unternehmen auf vier über die Stadt verteilte Standorte und beschäftigte rd. 150 Arbeitnehmer.<sup>44</sup>

42 Eugen Heller, Jahrgang 1890, war nach dem Krieg für die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) vom März 1951 bis zum November 1968 Mitglied des Geislinger Gemeinderats (GR) und dort über den gesamten Zeitraum hinweg auch (einer der) Vertreter seiner Fraktion im Bauausschuß. Zur personellen und parteipolitischen Zusammensetzung des GR in den Jahren 1945-1965, der Expansionsphase der MAG, s. näher unten Kap. III, Ziff. 1.1.1.

43 Bauer o. J. (1976/77), S. 335.

44 Die Standorte waren im einzelnen: (1) Grube-Karl-Straße mit einem Stahlcenter auf einem Gelände von 15.000 qm, (2) Heidenheimer Str. 62 mit der Eisenwaren- und Werkzeugabteilung sowie Sanitär- und Heizungsabteilung, (3) Heidenheimer Str. 122 mit der Bauelemente- und Küchenabteilung und (4) Heidenheimer Str. 44 mit einem Einkaufszentrum für Haus, Hobby und Garten auf einer rd. 10.000 qm großen Verkaufs- und Lagerfläche.

## 2.6. Geislinger Siedlungs- und Wohnungsbau GmbH (GSW)<sup>45</sup>

Die 1937 anlässlich der Errichtung der »Bergwerkssiedlung« für die Grube Karl (s. o. Ziff. 2.4) gegründete, von der Stadt und dem Kreisverband Göppingen als alleinigen Gesellschaftern getragene Siedlungs- und Wohnungsbau GmbH (GSW) sollte einen erheblichen Anteil am städtischen Wohnungsbau in der Nachkriegszeit der 1950er Jahre haben.<sup>46</sup> Neben der bereits erwähnten Sanierung der Bergwerkssiedlung sind auf ihre Initiative hin ganze Wohngebiete wie z. B. das Wohngebiet »Zillerstall« entstanden. Nicht zuletzt war sie auch an der Anfang der 1970er Jahre in Angriff genommenen Altstadtsanierung in der Oberen Stadt in großem Umfang beteiligt. Die gesamte Bauleistung der GSW belief sich seit ihrem Bestehen bis zum Jahr 1974 auf 680 Gebäude mit rd. 2.000 Wohnungen.

## 2.7. Städtische Stromversorgung: Alb-Elektrizitätswerk (AEW)<sup>47</sup>

Die energiewirtschaftliche Entwicklung in Geislingen wurde zunächst von den (privaten) Industriebetrieben vorangetrieben. Die WMF errichtete als erstes Unternehmen im Jahr 1881 eine eigene »Ölgasanstalt« zur Herstellung von Gas für Beleuchtungs- und Energiezwecke. Die MAG beabsichtigte 1884, ebenfalls Gasbeleuchtung einzuführen und zu diesem Zweck eine Steinkohlengasfabrik zu bauen, an die auch die Beleuchtung der städtischen Straßen hätte angeschlossen werden können. Der Gemeinderat versagte jedoch im Jahr 1887 die dafür erforderliche Genehmigung, nicht zuletzt deshalb, weil die Stadt die Errichtung einer eigenen Gasfabrik in Erwägung zog. Als man von diesem Plan aber zunächst Abstand nahm, drang die MAG im Jahr 1889 auf eine Entscheidung in der Sache. Ende 1889 beschloß der Gemeinderat, eine Steinkohlengasfabrik zu errichten und die Gasbeleuchtung auf Rechnung der Stadt einzuführen. Bereits ein Jahr später wurde das städtische Gaswerk eröffnet, an das 1903 die WMF und 1909 die Gemeinde Altstadt angeschlossen wurden. Im Laufe der Zeit erfuhr die Gaswerksanlage mehrere Erweiterungen, nach dem Zweiten

45 Siehe hierzu Bauer o. J. (1976/77), S. 408.

46 Das Stammkapital der Gesellschaft belief sich bei Gründung auf 100.000 RM. Davon hatten die Stadt als Mehrheitsgesellschafter 70 % und der Kreisverband – bei dem es sich ursprünglich um den freien Kreisverband Geislingen handelte, an dessen Stelle dann im Zuge der NS-Verwaltungsreform von 1938 der Kreisverband Göppingen getreten war – als Minderheitsgesellschafter die restlichen 30 % eingebracht. 1950 wurden die 100.000 DM im Verhältnis von 1:1 auf Deutsche Mark umgestellt (GR-P 19.7.1950). Bis zum Jahr 1965 erhöhte sich das Stammkapital durch weitere Einlagen der Gesellschafter auf insgesamt 400.000 DM, von denen 80 % auf die Stadt und entsprechend 20 % auf den Kreisverband entfielen (GR-P nō 15.12.65).

47 Siehe hierzu Bauer o. J. (1976/77), S. 388ff., insbes. S. 400ff.

Weltkrieg wurden 1953 eine neue Ofen- und Koksauflbereitungsanlage in Betrieb genommen und 1961 ein neues Verwaltungs- und Lagergebäude gebaut. Erst 1969 stellte Geislingen die Gaserzeugung ein und schloß sein Versorgungsnetz an die (Erdgas führende) Ferngasleitung an.

Gleichlaufend zur Einführung der städtischen Gasversorgung in Geislingen entstanden in den Nachbargemeinden private Elektrizitätswerke. Vorreiter war der Überkingener Müller Johannes Preßmar, der Anfang 1898 an die Gemeinde Altstadt den Antrag gestellt hatte, für die Versorgung des Orts und der Hausbesitzer an seiner Mühle ein Elektrizitätswerk zu errichten. Da sich die Entscheidung des Gemeinderats hinzog, reichte Preßmar ein offizielles Erlaubnisgesuch ein, das im Oktober 1898 mit Erlaß des königlichen Ministeriums des Innern positiv beschieden wurde. Da die Kosten der Stromerzeugung allein durch die Straßenbeleuchtung nicht gedeckt werden konnten und auch der Kreis der privaten Abnehmer die für die Rentabilität erforderliche Größe nicht erreichte (Altstadt hatte kaum Industrie und nur wenige Handwerksbetriebe, die überwiegend arme Arbeiterbevölkerung konnte sich den Luxus elektrischer Energie nicht leisten), bot Preßmar im Jahr 1906 sein Werk gleichzeitig der Gemeinde Altstadt und der Stadt Geislingen an, deren bürgerliche Vertretungen sich an einer näheren Befassung mit der Angelegenheit jedoch nicht interessiert zeigten. Der Geislinger Bürgermeister sah zudem die Gefahr, bei der Elektrizität an Altstadt gebunden zu werden. Sein dortiger Amtskollege, der in dieser Zeit auch die Eingemeindung nach Geislingen anstrebte (s. o. Ziff. 1.2), versuchte daraufhin, Geislingen für ein gemeinsames Elektrizitätswerk zu gewinnen, was wiederum daran scheiterte, daß Geislingen hierin eine unerwünschte Konkurrenz zu seinem Gaswerk sah.

Daraufhin plante der Altstädter Bürgermeister, durch Errichtung einer Überlandzentrale eine Stromerzeugung und -versorgung für den gesamten Oberamtsbezirk Geislingen auf genossenschaftlicher Basis aufzubauen. Ende Oktober 1909 schlossen sich 16 Gemeinden zum Betrieb einer solchen Zentrale zusammen. Im März 1910 wurde dann unter dem Beitritt der Stadt und weiterer fünf Gemeinden die Genossenschaft »Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige, eGmbH, Sitz in Altstadt« (AEW) gegründet. Das am Einmündungsbereich der Rohrach in die Eyb errichtete Werk ging 1911 in Betrieb.

Ende des Jahres 1950 – das AEW war nach zwischenzeitlicher Beschlagnahme seines Verwaltungsgebäudes durch die US-Militärregierung für zunächst militärische, dann zivile Zwecke zum ordentlichen Geschäftsbetrieb zurückgekehrt – kündigte die Stadt den von ihr 1911 mit dem AEW abgeschlossenen Konzessionsvertrag einschließlich aller nachträglichen Zusatzabkommen. Sie verlangte insbesondere, in Zukunft über den ihr für den eigenen Strombedarf seit 1927 eingeräumten Preisnachlaß hinaus – was zuletzt, bezogen auf das Jahr 1952, einer Ersparnis von 30.000-35.000 DM

entsprach – in Form einer festen Konzessionsabgabe auf den Stromverkauf an die Tarifabnehmer im Stadtgebiet unmittelbar am wirtschaftlichen Erfolg des Werks beteiligt zu werden.<sup>48</sup> Man einigte sich schließlich auf einen rückwirkend ab dem 1.1.1952 geltenden, auf eine Laufzeit von 20 Jahre angelegten Nachfolgevertrag,<sup>49</sup> der das AEW – das nach Kriegsende bis zum Jahr 1970 unter der Leitung des Dipl.-Ing. Karl K. stand, der überdies dem GR von 1951 bis Ende 1956 als Vertreter der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) angehörte – unter Beibehaltung der bisherigen Preisvergünstigungen für den städtischen Strombezug zur Zahlung einer 5%-igen Konzessionsabgabe auf die an die Tarifabnehmer im Stadtgebiet abgesetzte Strommenge verpflichtete.<sup>50</sup>

Mitte der 1970er Jahre umfaßte das Versorgungsgebiet des AEW, in das 1966 und 1967 die Gemeinden Gingen und Kuchen einbezogen worden waren, eine sich auf die Kreise Göppingen, Heidenheim und Ulm erstreckende Fläche von 442 qkm mit insgesamt rd. 75.000 Bewohnern.

## 2.8. Städtische Wasserversorgung<sup>51</sup>

Die älteste Geislinger Wasserversorgung erfolgte durch ein oberhalb des Gebiets Rorgensteig gelegenes Brunnenwerk, das das Wasser der Rohrach über hölzerne Wasserleitungsröhren der Stadt zuführte. 1845 beschloß der Gemeinderat auf Betreiben des Oberamts, die Quelle beim Rötelbad zum Zwecke der Trinkwasserversorgung fassen zu lassen. Ende 1878 wurden nach Plänen des MAG-Gründers Straub die unterhalb der Schimmelmühle gelegenen Quellen für die Wasserversorgung erschlossen und die Quelfassung auf Grund des gestiegenen Bedarfs 1905 erweitert. Im selben Jahr wurde ein Hochdruckwasserwerk errichtet und Altenstadt, das seit 1890

48 GR-P ö 25.3.1953. Unabhängig davon profitierte die Stadt von dem im gesamten Geschäftsbereich (also nicht nur im Versorgungsbereich der Stadt) erzielten Gewinn des AEW in Form einer – freilich allen Genossen zugute kommenden – Dividende. Diese hatte sich zuletzt, in den Jahren 1948-1951, auf jeweils 4 % belaufen, was einen Betrag von rd. 50.000 DM ausmachte.

49 Für den Fall eines für sie unbefriedigenden Vertragsangebots des AEW hatte die Stadt erwogen, zwar nicht die Stromerzeugung, wohl aber die Stromverteilung an die Tarifabnehmer im Stadtbereich selbst zu übernehmen. Dafür hätte sie das Ortsleitungsnetz vom AEW erwerben müssen, wofür sie rd. 1 Mio. DM veranschlagt hatte. Der am Ende von dem Werk vorgelegte, den Forderungen der Stadt entgegenkommende Vertragsentwurf wurde Mitte des Jahres 1953 vom GR einstimmig gebilligt. (GR-P ö 25.3.1953 und GR-P nö 15.7.1953).

50 Der spätere Wegzug der MAG, einem Großabnehmer von Strom, wirkte sich über eine in der Summe geringer ausfallenden Konzessionsabgabe des AEW aus, was für die Stadt eine entsprechende Einnahminderung bedeutete (s. dazu näher unten Kap. IV, Ziff. .2.2).

51 Siehe hierzu Bauer o. J. (1976/77), S. 403ff.

sein Wasser aus der zum WMF-Gelände gehörenden Linsenbrunnenquelle bezog, an das Geislinger Wasserversorgungssystem angeschlossen. Dessen erneute Erweiterung erfolgte 1949 durch den Ausbau der Springequelle in der Wölk (im Stadtteil Altenstadt) und durch den Bau des städtischen Pumpwerks im oberen Rohrachal. Im Jahr 1973 wurde die Stadt an die Landeswasserversorgung angeschlossen.

## 2.9. *Resümee*

Der knappe Abriß über die die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt seit Beginn der Industrialisierung prägenden Betriebe und Versorgungseinrichtungen dürfte zumindest zweierlei deutlich gemacht haben. Zum einen lassen sich als die treibenden Kräfte dieser Entwicklung unschwer die beiden zu Weltfirmen aufgestiegenen Unternehmen, die MAG und die WMF, ausmachen. Als den beiden größten Gewerbesteuerzahlern und Arbeitgebern am Ort kam ihnen (und kommt im Falle der WMF weiterhin) im Vergleich zu den übrigen einheimischen Betrieben sowohl im Hinblick auf den städtischen Etat als auch im Hinblick auf die erwerbstätige Bevölkerung ein herausragender Stellenwert zu.<sup>52</sup> Entsprechend mußte der Weggang eines dieser beiden Unternehmen, der MAG, einen herben Verlust für die Stadt darstellen.<sup>53</sup> Zum anderen hatte sich die Stadt mit dem Ausbau zentraler Einrichtungen für die öffentliche Versorgung (Strom/Gas, Wasser, Wohnungsbau) eine gewisse Unabhängigkeit von auswärtigen (überregionalen) Trägern verschafft.

52 Vgl. dazu auch näher unten Ziff. 3.2.2.

53 S. dazu näher unten Kap. IV, Ziff. 2.2.